

Bericht aus der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 23.06.2025

1: Fragemöglichkeit für Zuhörer

Aus der Bürgerschaft werden keine Fragen gestellt.

2: Bestätigung der Niederschrift

Die Niederschriften der öffentlichen Gemeinderatsitzungen vom 28.04.2025 und 26.05.2025 werden ohne Einwendungen von mindestens zwei Gemeinderatsmitgliedern unterschriftlich bestätigt.

3: Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung

Es gibt keine Bekanntgaben aus der letzten nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 28.04.2025.

4: Polizeiliche Kriminalstatistik 2024

Herr Bürgermeister Brügger begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herr Frank Stöhr, Leiter des Polizeireviers Waldkirch. Dieser stellt die polizeiliche Kriminalstatistik 2024 für Vörstetten vor. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Allgemein lässt sich ein Rückgang der Straftaten im Jahr 2024 in Vörstetten verzeichnen. Insbesondere die Rohheitsdelikte sowie Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung waren im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Damit zeichnet sich ein positiver Trend für Vörstetten ab, der im Vergleich zu anderen Kommunen außergewöhnlich ist.

Eine Gemeinderätin erkundigt sich, ob auch Fälle im Bereich Gewalt gegen Kinder in der Statistik erfasst werden.

Herr Stöhr teilt mit, dass diese nicht explizit in der Statistik aufgeführt werden.

Ein Gemeinderat erkundigt sich, ob die Diebstähle und Wohnungseinbrüche im Außenbereich oder im Kernort erfolgt sind.

Ein Gemeinderat findet es gut, dass die Rubrik Gewalt in der Partnerschaft mit in die Statistik aufgenommen wurde. Diesbezüglich werde auch bald die elektronische Fußfessel als Maßnahme eingeführt. Er bedauert es, dass das Thema auf Kreisebene noch keine Beachtung findet.

Herr Bürgermeister Brügger dankt Herrn Stöhr sowie dem gesamten Team für die nicht immer einfache Arbeit und ergänzt, dass die Gefühls- und Faktenlage oftmals weit auseinanderliegen. Es ist erfreulich, dass die Fälle zurückgegangen sind und auf einem angenehmen Niveau liegen.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt von der polizeilichen Kriminalstatistik für 2024 Kenntnis.

5: Grünschnittkompostierungsanlage auf dem Eichelbuck

Herr Bürgermeister Brügner führt in die Thematik ein.

In den Jahren 2014 bis 2016 wurde für die Deponie Eichelbuck das Genehmigungsverfahren zur Realisierung einer Grünschnittkompostierungsanlage durchgeführt. Im Rahmen des Verfahrens hat sich der Gemeinderat mehrfach mit der Thematik beschäftigt und Einwendungen erhoben, um einen immissionsarmen Betrieb sicherzustellen. Die Einwendungen wurden auch in die immissionsschutzrechtliche Genehmigung aufgenommen.

Einer der wesentlichen Punkte war, dass alle drei Jahre ein unabhängiger Sachverständiger die Geruchsminderungsmaßnahmen kontrolliert. Diese Begehungen haben 2021 und 2024 stattgefunden. Beide Begehungen haben gezeigt, dass die Anlage entsprechend der Genehmigung betrieben wird und der technische Ablauf gesichert ist.

Die Verwaltung und eine Abordnung von Gemeinderäten hat die Kompostierungsanlage am 04.06.2025 besichtigt, um sich selbst ein Bild vom Betrieb zu machen.

Herr Bürklin war an dieser Begehung dabei und berichtet von einem positiven Eindruck der Anlage.

Das Regierungspräsidium Freiburg hat vorgeschlagen, künftig auf die Kontrolle durch einen unabhängigen Gutachter zu verzichten. Die Verwaltung schlägt vor, diesem Vorschlag zuzustimmen und künftig auf eine Begehung durch einen unabhängigen Gutachter zu verzichten, da die Kontrollen durch die Deponieaufsicht (Regierungspräsidium) ausreicht.

Eine Gemeinderätin fragt nach, wie der Kompost verwendet wird.

Herr Bürgermeister Brügner teilt mit, dass dieser hauptsächlich an die Landwirtschaft abgeben wird.

Ein Gemeinderat fragt nach, ob die Deponie zukünftig über die Umsetzungsmaßnahmen des Komposts informieren kann, damit die Bürger über mögliche Geruchsbelästigungen Bescheid wissen. Dies ist nach Auffassung von Bürgermeister Brügner jedoch schwer umsetzbar.

Mehrere Gemeinderäte bestätigen, dass zukünftig auf ein Gutachten verzichtet werden kann.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt zu, dass künftig auf eine Kontrolle der Geruchsminderungsmaßnahmen durch einen unabhängigen Gutachter verzichtet werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Anwesende

11 Stimmberechtigte

11 Ja

6: Änderung der Satzung der Vergnügungssteuer

In der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 17.03.2025 hat der Gemeinderat den überfraktionellen Antrag von CDU, Freie Wähler und SPD eingebracht, den Hebesatz der Vergnügungssteuer aus § 7 Abs. 1a der Vergnügungssteuersatzung für Spielgeräte zu erhöhen.

Begründung für den Antrag ist die Anpassung verschiedener Hebesätze und Gebühren in den letzten Jahren und dadurch eine Verbesserung der Steuererträge der Kommune.

Die beigefügte Änderungssatzung berücksichtigt eine Erhöhung des Hebesatzes. Diese tritt zum 01.07.2025 in Kraft. Die Erhöhung wirkt sich somit nicht auf das gesamte Haushaltsjahr 2025 aus, weshalb eine geringere Ertragshöhe als im Antrag vorgesehen zu erwarten ist. Die Vergnügungssteuer ist eine Lenkungssteuer, deren Höhe bezwecken soll, das Aufstellen und Benutzen von Spielgeräten unattraktiver zu gestalten. Dies hat auch Auswirkungen auf Unternehmensansiedlungen. Unter Würdigung der Gesamtumstände hält die Verwaltung es in Rücksprache mit den Fraktionen für zunächst ausreichend, eine Erhöhung auf 20 v.H. zu beschließen.

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, den Hebesatz, wie ursprünglich angedacht auf 22 % zu erhöhen. Durch die Erhöhung entstehen keine sozialen Benachteiligungen. Ebenso ist die Erhöhung auf 22 % gerechtfertigt.

Die Fraktion der Freien Wähler spricht sich für die vorgeschlagene Erhöhung auf 20 % aus. Weitere Erhöhungen können zukünftig erfolgen. Durch die Erhöhung auf 20 % wird auch ein miteinander mit den Gewerbetreibenden signalisiert.

Die CDU-Fraktion schließt sich der Fraktion der Freien Wähler an.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt auf Antrag der SPD-Fraktion die Änderungssatzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer mit einer Erhöhung des Hebesatzes auf 22 %.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich

11 Anwesende

11 Stimmberechtigte

4 Ja

7 Nein

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde durch die Stimmen der CDU sowie Freien Wähler abgelehnt.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Änderungssatzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer mit einer Erhöhung des Hebesatzes auf 20 %.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich

11 Anwesende

11 Stimmberechtigte

10 Ja

1 Enthaltung

7: Annahme von Spenden

Herr Bürgermeister Brügner und Herr Becker sind bei diesem Tagesordnungspunkt befangen übergibt die Sitzungsleitung an den 2. Bürgermeisterstellvertreter Dr. Thomas Schonhardt.

Die Solargemeinschaft spendet 150,00 € an den Kindergarten Sonnenwinkel und 100,00 € an den Kindergarten Wirbelwind.

Der Förderverein der Gemeindebücherei spendet 1.000 € an die Bücherei Vörstetten.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Annahme der Spenden von 1.250,00€.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Anwesende

9 Stimmberechtigte

9 Ja

2 Befangenheit

8: Verschiedenes, Fragen und Anregungen

Herr Bürgermeister Brügner informiert, dass zukünftig der Leitfaden Hygiene in Kindertageseinrichtungen im Zuge der Entbürokratisierungsmaßnahmen nicht mehr verbindlich einzuhalten ist.

Darüber hinaus teilt Bürgermeister Brügner mit, dass die Gemeinde Zuschüsse in Höhe von 54.439.50 € beantragt hat und diese bewilligt wurden.

Ebenso kann verkündet werden, dass die im Außenbereich errichtete Hundesportanlage durch das Landratsamt geprüft wurde und bis Mitte Juli zurückgebaut werden muss. Bei der Anlage handelt es sich um kein privilegiertes Vorhaben nach § 35 Abs. 2 BauGB.

Herr Bürgermeister Brügner stellt die Beschlüsse der 1. Sitzung des Gemeindevwahlausschusses zu den Wahlgrundsätzen der Bürgermeisterwahl vor.

1. Wahlgrundsätze

- **Plakatierung:**
Es werden pro Kandidat max. 5 Plakate (Vorder- und Rückseite) kostenfrei genehmigt. Größe der Plakate ist max. A2 zulässig. Die sonstigen Vorschriften zur Plakatierung in der Gemeinde Vörsstetten bleiben unberührt.
- **Sperrzonen:**
Auf dem Rathausplatz, Dorfplatz und Kirchplatz darf keine Plakatierung oder sonstige Wahlwerbung, wie Wahlstände, etc. erfolgen.
Der Bürgersaal darf nicht für Wahlveranstaltungen genutzt werden.
- **Amtsblatt:**
Es dürfen keine Anzeigen im öffentlichen Teil des Amtsblatts veröffentlicht werden.
- **Gemeindegewappen und Logo:**
Die Verwendung des Gemeindegewappens und Logos in jeglicher Form ist nicht gestattet.

2. Kandidatenvorstellung

- Die Uhrzeit der Kandidatenvorstellung wird auf 19:00 Uhr festgelegt.
- Die Kandidatenvorstellung wird durch Bürgermeister Lars Brügner moderiert.
- Die Kandidatenvorstellung wird aufgenommen und auf der Homepage bis zur Wahl zur Verfügung gestellt.
- Die Redezeit für die persönliche Vorstellung der Kandidaten beträgt 12 Minuten. Die anderen Kandidaten sind dabei nicht anwesend.
- Im Anschluss an die einzelne Vorstellung der Kandidaten erfolgt eine allgemeine Fragerunde, die rotierend von allen Kandidaten beantwortet wird.
- Es wird keine Einzelbefragung geben.

Ein Gemeinderat teilt mit, dass in der Schauinslandstraße die Teerdecke aufgebrochen ist. Ebenso fragt er nach, ob das Kinderschutzkonzept des Kindergartens Sonnenwinkel auf der Homepage veröffentlicht werden kann.

9: Fragemöglichkeit für Zuhörer

Ein Bürger erkundigt sich nach dem Stand der Arztpraxis.

Derselbe Bürger möchte wissen, ob zukünftig eine Sirene auf dem Dach des Rathauses installiert wird.